



# POLIZEIKRAWALLE IN UNSER'M KREUZ- BERG

## DER BESETZERRAT INFORMIERT

Auflage: 25.000



### POLIZEIKRAWALLE IN KREUZBERG

Am 7.4. besetzten 1000 Polizisten mit Panzerspähwagen, Wasserwerfern und Spezialeinheiten Kreuzberg. Sie verhafteten 159 Personen, darunter zwei Kinder, und ermittelten gegen fast alle nach §129 u. §129a.

Um 6<sup>00</sup> Uhr früh sperrten mehrere Hundertschaften Polizisten Zufahrt samt Fußgängerzone hermetisch ab. Danach drangen sie mit roher Gewalt in das Gebäude Heinrichplatz 198, bekannt unter Besetzereck, ein.

Nach einer Stunde zogen die Polizisten unter Führung von Möllenbrock und Vogel Leuschenerdamm 8 und begannen das ganze Militärspiel von vorn. Nach der Verwüstung einiger Räume und der Verhaftung von 10 Personen, darunter ein 3jähriges Kind, gingen sie dazu über, den Oranienplatz mit Sperrgittern und Mannschaftswagen zu verbarrikadieren. Die Anwohner bekamen keine Informationen über den folgenden und nachfolgenden Einsatz. Polizisten mit Maschinenpi-

stolen sicherten das ganze Einsatzgebiet auf den Dächern. An diesem Tag machten die Geschäftsinhaber keinen Umsatz. 6 Stunden lang durchsuchten Sondereinsatzkommandos die Häuser Oranienstr. 44 und 45. In der Oranienstr. 45 fanden sie nur einen Anwohner und eine Haushaltskasse (u. Renovierungskasse) mit 850 DM

vor. Die Kasse fehlte nach der Durchsuchung. Zur gleichen Zeit stürmten Spezialeinheiten die Luckauerstr.3 und verhafteten auf einen Schlag den Besetzerrat mit 132 Personen, der zur Zeit dort versammelt war. Der Abtransport dauerte mehrere Stunden. Gegen fast alle Verhafteten wird ein Ermittlungsverfahren wegen §129 (Unterstützung und Bildung einer kriminellen Vereinigung) eingeleitet. Erst in der Nacht zum Mittwoch werden die ersten Personen, nach der erkennungsdienstlichen Behandlung, freigelassen. Gegen einen der Verhafteten wird ein Haftbefehl erlassen. Mit diesen Polizeistaatmethoden versuchen sie mit aller Gewalt die Hausbesetzer von der Bevölkerung zu isolieren. Durch den massiven Polizeieinsatz soll der Eindruck erweckt werden, die Hausbesetzer seien hochgefährliche Gewalttäter. Zur selben Zeit werden Hausbesetzer in der Springerpresse als links-radikale Chaoten, die dem terroristischen Untergrund nahestehen, dargestellt. Aber nicht nur in der Springerpresse sondern auch in sämtlichen anderen Medien (Fernsehen, Radio) werden die Ereignisse, wenn überhaupt, verfälscht wiedergegeben. Deshalb haben wir uns entschlossen, unsere eigene Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um die Ereignisse, unsere Ziele und Forderungen zu vermitteln.

## UNSERE FORDERUNGEN SIND:

Sofortige Freilassung aller, die im Zusammenhang mit dem Häuserkampf festgenommen wurden und immer noch im Knast sitzen!

sofortige Einstellung aller Strafverfahren!

Keine weiteren Durchsuchungen und Räumungen von besetzten Häusern!

Keine Kriminalisierung der Hausbesetzer!

Keine Anwendung des § 129 u. 129a!

Keine Luxusmodernisierung der Häuser, sondern Verbesserung des Wohnraums nur wie von Mietern gewünscht und nötig!

Einzige Richtlinie für die Sanierung müssen die Hausversammlungen und die Beschlüsse der Stadtteilbewohner sein (Gelder in die Hände der betroffenen Mieter läden, Blockvertretungen, Häuserräte!

Erhaltung von Wohn- Arbeitsstätten in Blockkernen und Fabriketagen!

Mietpreisbindung für alle Häuser!

Kein weißer Kreis in Berlin!

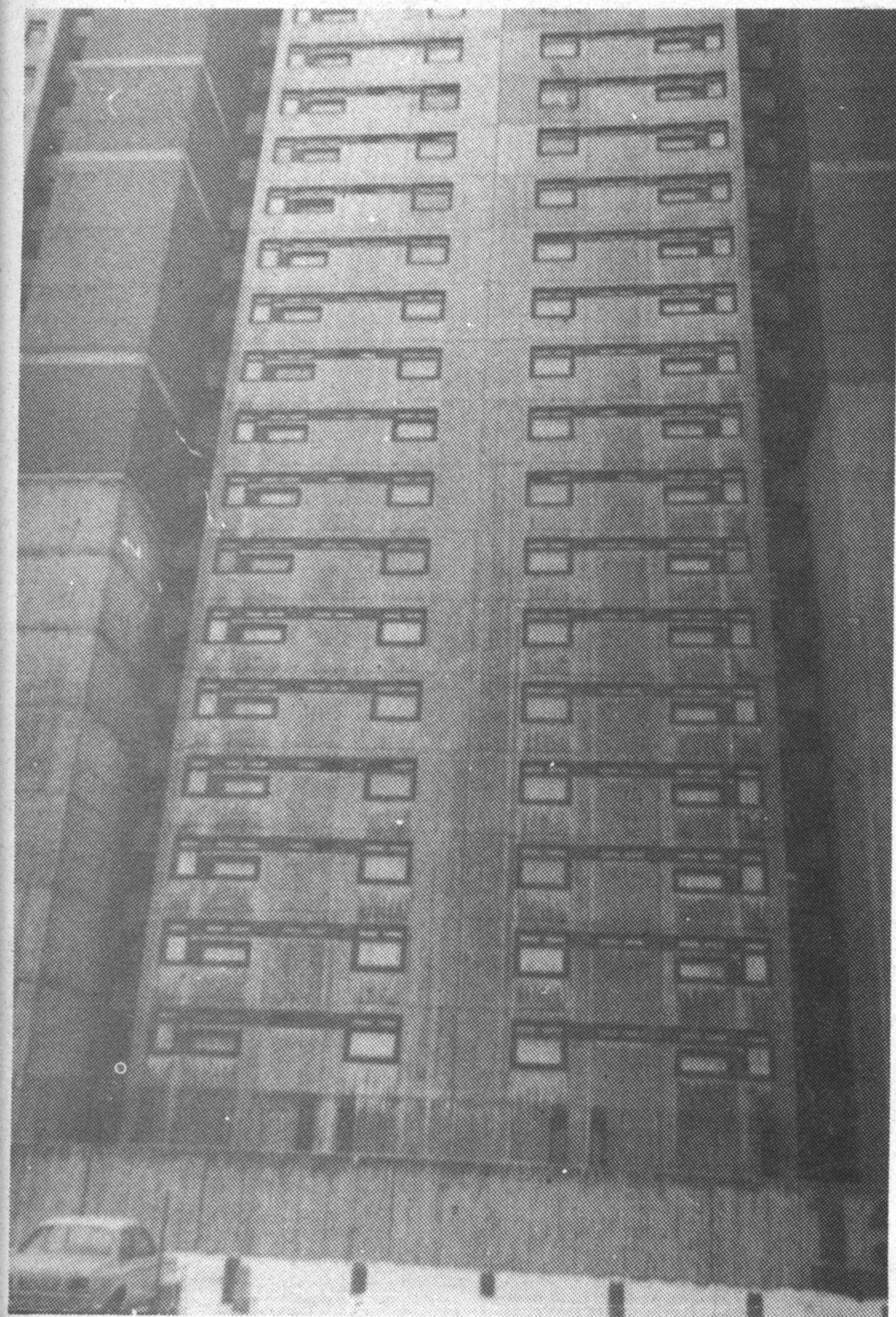
Im Gesetz über Leerstand von Wohnraum muß Instandbesetzung als legales Mittel gegen den Mißbrauch von Wohnraum anerkannt werden (vgl. England/Holland)!

Verfügung über die bisher besetzten Häuser allein durch die Bestzer in Zusammenarbeit mit den Mieterläden und Blockvertretungen. In diesem Sinne Verteilung der Gelder!



# Sanierungspolitik in Berlin

Die Stadtsanierung in Berlin begann in den 60iger Jahren. Von da an wurden in Berlin mehr Häuser abgerissen, als im 2. Weltkrieg zerstört worden waren. In den Außenbezirken entstanden Trabantenstädte (Merkwürdiges Viertel), (Gropiusstadt, Falkenhagener Feld) für die Bewohner der Sanierungsgebiete. Ganze Blöcke wurden in Kreuzberg, Wedding und Neukölln abgerissen und damit jahrzehntealte Strukturen und Lebenszusammenhänge zerstört.



Baugiganten machtlos und führen einen fast aussichtslosen Kampf gegen die immer weiter vorangetriebene Zerstörung ganzer Stadtteile wie z. B. Kreuzberg 36

Als Reaktion auf diese Politik wurden in den Jahren 1980/81 bis jetzt mehr als 130 Häuser besetzt!

Die Häuser die bis jetzt besetzt sind und die, die in Zukunft noch besetzt werden, werden von den Hausbesetzern aus Eigenmitteln und nach ihren Vorstellungen renoviert. Mutwillige zerstörter Wohnraum wurde wieder bewohnbar gemacht, Dächer erneuert, Leitungen und Wasserrohre verlegt, Fenster eingesetzt.

Zum Teil wurden Wohnungen zusammengelegt, um in Gruppen leben zu können oder Etagen für Werkstätten ausgebaut. Es ist klar, daß die Besetzer weiterhin selber bestimmen möchten was mit den Häusern geschieht. Wir möchten mit den Hausbesetzungen auch ein Beispiel geben, daß jeder Bürger die Fähigkeit besitzt, sein Wohn- und Arbeitsplatz selber zu gestalten. Das beginnt mit der gemeinsamen Instandhaltung unserer Häuser.

Ziel der Bewegung ist, zusammen mit schon existierenden Mieterinitiativen (ausgenommen der Verein SO 36), die Selbstverwaltung der Häuser und schließlich die Selbstverwaltung und Gestaltung ganzer Stadtteile. Selbstverwaltete Häuser brauchen keine Hausbesitzer, die Stadtteilbewohner bestimmen selbst, wo und wie Ihre Spielplätze, Grünflächen, Läden, Treffpunkte, Kneipen etc. hinkommen. Sie bestimmen wie Ihre Häuser aussehen sollen, Sie gestalten Ihre Hinterhöfe gemeinsam. Wir wollen die Vereinzelung und Hilflosigkeit vieler Menschen so aufheben und von vorneherein, bzw jetzt noch verhindern, daß wir in Betonsilos verfrachtet werden.

Wenn wir diese Ziele erreichen, werden Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Sanierungsträger und selbst der Senat überflüssig.

## WIE KÖNNEN WIR DIESE ZIELE ERREICHEN?

In jedem Stadtteil ist was faul, vor allem in Bezug auf die gesamte Wohnungspolitik. Überall gibt es Mietwucher, vernachlässigte Bausubstanz, Hausbesitzer die Mieter drangsaliieren etc. Der erste Schritt dagegen ist z. B. alle rechtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, gegen Hausbesitzer prozessieren etc., das allein reicht jedoch nicht.



Wichtig ist vor allem, daß sich die Mietparteien eines Hauses zusammensetzen und gemeinsam rausfinden, wo sie beschissen werden. Da die Hausbesitzer von der kassierten Miete durchschnittlich nur 30 % wieder in die Instandhaltung der Häuser zurückfließen lassen, haben sie ihre Unfähigkeit, die Häuser zu verwalten bewiesen!

## Mietboykott

Nur ein Mietboykott kann die Antwort sein. Wir können uns verschiedene Arten des Boykotts vorstellen:

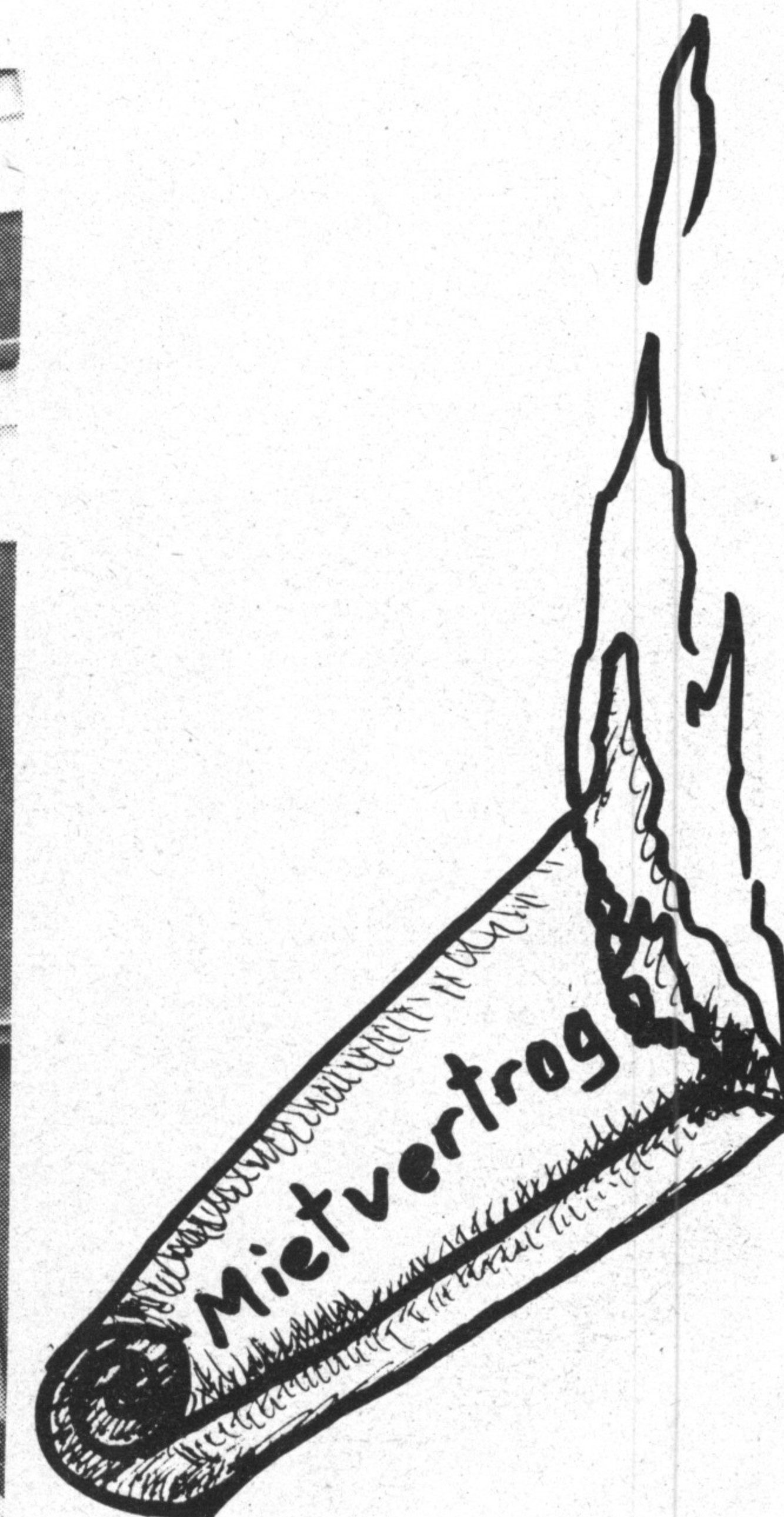
1. Die Miete sollte demonstrativ für einen Monat verweigert werden. Von dem Geld werden wichtige Arbeiten am Haus ausgeführt. Weitere Schritte werden dann gemeinsam überlegt.
2. Ein Teil der Miete wird auf ein Sperrkonto überwiesen oder ein eigenmächtiger Mietpreis (z. B. 2 DM/m<sup>2</sup>) wird festgelegt. Der Rest wird von den Mietern selbst für Instandsetzungsarbeiten und eigene Bauvorhaben am Haus eingesetzt.
3. Radikalmaßnahme: Der Mietvertrag wird verbrannt und der Mietboykott läuft ab sofort und für immer (bei Besetzerrat melden).

Termin für ein Treffen möglicher Mietboykotter ist Freitag der 17. 4. um 19.00 Uhr im KuKuCK, Anhalter Str. 7.

Allein rund um das Kottbusser Tor wurden in den letzten Jahren über 400 Gewerbebetriebe vernichtet.

Die Trabantenstädte erwiesen sich als eine der größten Fehlschläge des Städtebaus. Totale Isolation, Kriminalität, Drogenabhängigkeit, kein Soziales Gefüge und hohe Selbstmordraten sind die Folgeerscheinungen. Daraufhin wurde in den 70iger Jahren die Sanierungspolitik geändert, z. B. gab es die "strategien für Kreuzberg". Alles sollte besser werden! In Wirklichkeit sieht es so aus: Ganze Blöcke werden "entkernt"; übrig bleibt nur das Bild von schnuckligen Fassaden. Neubauten und modernisierte Altbauten sind kaum voneinander zu unterscheiden, und haben vorallem eines gemeinsam, nämlich dreimal so hohe Mieten wie vorher. Das alles immer noch über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Bewohner und Gewerbetreibende werden vertrieben, lebendige Höfe werden zu sterilen durchgeplanten Flächen. Die Ausführenden dieser Sanierungspolitik in Berlin sind zum größten Teil senatseigene Wohnungsbaugesellschaften wie z. B. BeWoGe GSW, G.S.G., zum anderen Teil wenige große private Spekulationsfirmen, z. B. Intergrund und Hauert und Noack (Sanog, Combau) und einige private Sekulanten.

Die Sanierungsgesellschaften denken natürlich in erster Linie ans GELDVERDIENEN, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht!! Es gibt eine ganze Reihe von Häusern, die ganz gezieht abrißreif gemacht wurden. Der Senat unterstützt diese Praxis auch noch durch Leerstandsgenehmigungen und Leerstandsgelder. Nicht zufällig brannte es auch schon in mehreren Häusern, die entmietet oder abgerissen werden sollten. Die wenigen, noch aktiven Mietervertretungen sind gegen diese



# WARUM WERDEN HAUSBESETZER (INSTANDBESETZER) DER REPRESSION DES STAATES AUSGESETZT?

Hausbesetzer greifen Mißstände auf, die fast alle Bürger betreffen, nämlich die allgemeine Wohnungsmisere (Leerstand von Häusern, hohe Mieten, unzumutbare Wohnverhältnisse). Ob man in verkommenen Altbauten oder in Betonsilos der Vorstädte wohnt, überall begegnet man der Arroganz der Besitzenden. Hausbesetzer verhalten sich nicht nach den Normen der Gesellschaft: Wir gründen keine Partei, beteiligen uns nicht an den Wahlen, sondern gehen das Problem sehr direkt und unkonventionell an. Wir besetzen leerstehende Häuser und machen sie in Eigenarbeit wieder bewohnbar, führen Reparaturen, die den Verfall der Häuser entgegenwirken, selbst aus. Wenn jeder Mißstände des täglichen Lebens (in Beruf, Uni, auf der Straße) so direkt angehen würde und zur Selbsthilfe greifen würde, hätten wir nicht das heraufbeschworene Chaos. Die vielen sich selbst für unentbehrlich haltenden Politiker, Polizisten, Spekulanten und viele andere würden ihre Macht einbüßen und überflüssig werden. Das wollen diese Herren natürlich verhindern! Ihre Macht ist zudem mit dem Geld verbunden, das sie z.B. durch überhöhte Mieten aus uns herausholen. Dieses Geld wollen sie natürlich auch nicht verlieren! Dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Also malen sie das Bild von Chaos und Terror an die Wand, wenn nicht dem Treiben der Hausbesetzungen ein Ende geboten wird. Um aus uns „Chaoten und Terroristen“ zu machen, wird versucht, uns in die kriminelle Ecke zu drängen. Das fängt an bei Hausdurchsuchungen, willkürlichen Verhaftungen und gipfelt in der Behauptung, Hausbesetzer seien eine „kriminelle Vereinigung“ nach § 129 StGB. Die ursprünglichen Beweggründe der Hausbesetzer — die Wohnungsmisere und die Einschränkung in vielen Lebensbereichen — werden damit in den Hin-

tergrund gestellt. Stattdessen wird nur über unsere Reaktionen auf Angriffe des Senats berichtet: eingeworfene Fensterscheiben, „Straftaten aus besetzten Häusern“, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw.. Dagegen setzen wir uns zur Wehr!

## Repression gegen Hausbesetzer

141 Verhaftungen in Nürnberg — Räumung des Schwarzwaldhofes in Freiburg

Als Vorläufer der Repression gegen Hausbesetzer und deren Unterstützer machen sich die Regierungen in Bayern und Baden-Württemberg stark. Der bayrische Ministerpräsident Strauß meinte noch einen Tag (!) vor den Massenhaftungen in Nürnberg: „Die Hausbesetzer sind heute der Kern neuer terroristischer Aktionen.“ Tags darauf wurden in Nürnberg Menschen einfach deswegen verhaftet, weil man sie in einem von der CSU seit langem diffamierten Jugendzentrum (KOMM) angetroffen hatte. Haarsträubende Haftbedingungen wurden konstruiert, Entlastungszeugen wurden abgewiesen, Verhaftete durften ihre Freunde und Verwandte nicht informieren, Eltern wurden nicht zu ihren Kindern gelassen. Ein Beispiel nur, um die Situation darzustellen: Anke, eine 15-jährige Schülerin, war mit verhaftet worden und saß in der berüchtigten Frauenhaftanstalt Aichach in Einzelhaft. Pervers mutet dagegen an, daß der Zutritt zu diesem Gefängnis für Mädchen unter 16 Jahren verboten ist. Daß hier nicht einige Polizisten und Justizbeamte „ausgeflippt“ sind, zeigt einerseits die volle Rückenbedeckung, die sie durch sämtliche CSU-Politiker erhalten haben und einige Indizien, die auf eine lange vorbereitete Aktion hindeuten. So wurden z.B. im Nürnberger Gefängnis

vorsorglich Zellen freigemacht und eine ausgesuchte Sondergruppe von fünf Haftrichtern zusammengestellt, wobei die gesetzlich vorgeschriebene Reihenfolge außer Acht gelassen wurde.

Das gleiche Bild bietet sich in Freiburg: In der Stadt herrscht der Ausnahmezustand. Rund 3000 (!) Polizisten haben die Stadt besetzt. Anlaß war die Räumung eines kleineren besetzten Hauses in der Stadt. Weil die Gelegenheit so günstig war, wurde der seit einem 3/4 Jahr besetzte Schwarzwaldhof (ein größerer Gebäudekomplex, wo mehr als 90 Menschen lebten) auch noch gleich mit geräumt. Doch die CDU-Regierung von Baden-Württemberg will mehr: Ein ganzes Stadtviertel wird umstellt und zum Sperrgebiet erklärt. Gerade in diesem Viertel befindet sich die alternative Infrastruktur der Stadt: Buchladen, Druckerei, Kneipen etc. Die vorläufige Bilanz der ersten vier Tage: Über 150 Verletzte, davon drei Schwerverletzte, die mit Hirnblutungen bzw. einem Wirbelbruch und inneren Verletzungen im Krankenhaus liegen. Drei Menschen sitzen noch im Gefängnis. Zweien wird Rädelführerschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) vorgeworfen. Wer ist denn hier kriminell?!

## Verschärfung des Demonstrationsrechts

Als wenn es noch nicht genug wäre, stellt die CDU/CSU kurz nach den Ereignissen in Freiburg und Nürnberg Forderungen nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts und nach einer „Verbesserung“ der Bewaffnung der Polizei. Selbstschutzmaßnahmen, wie Helm und die sogenannte „Vermummung“ sollen verboten werden. Die Polizei soll mit Gummigeschossen ausgerüstet werden — angeblich um Demonstranten auf Steinwurfidistanz zu halten. Dies ist nicht der erste Versuch der

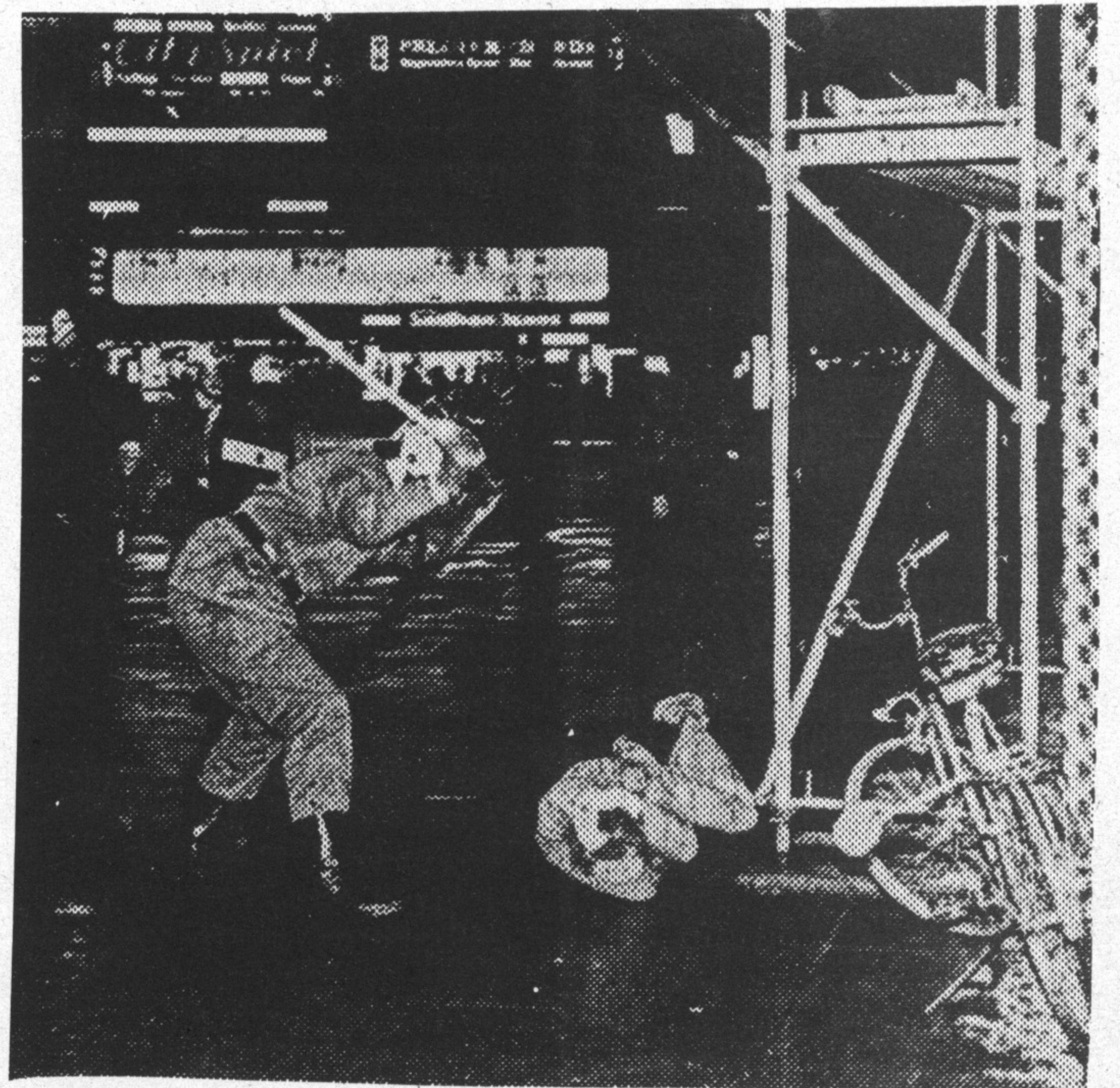


Bild:  
Polizeieinsatz gegen Hausbesetzer

CDU/CSU das Demonstrationsrecht zu verschärfen. Nach jeder großen Demonstration macht sie immer wieder Anläufe das im Grundgesetz garantierte Demonstrationsrecht einzuschränken. Anscheinend will die CDU/CSU die Friedhofsruhe des 3. Reiches wieder herstellen, wo es bis zu letzt Jubelmassenaufmärsche für die Nazi-Führer gab. Wehret den Anfängen!

## Die bayrische Linie für Berlin am Beispiel der besetzten Häuser am Fraenkelufer.

Am frühen Morgen des 24. März zeigt der Berliner Senat, daß er den Polizeieinsätzen in Nürnberg und Freiburg in nichts nachsteht: Mit einem massiven Polizeiaufgebot werden 3 Häuser geräumt. Wenn Justizsenator Meyer (FDP) anschließend meint, die Linie des Senats bliebe aufrecht erhalten, jahabe es sich als richtig erwiesen; die Dialogstrategie bleibe bestehen — so kann man nur von Hohn sprechen. Laut Tageszeitung bestanden alle Senatoren auf ihre weitere „Gesprächsbereitschaft mit den jungen Menschen“ (?). Denn am Morgen dieses Tages sah es in Kreuzberg ganz anders aus: Etliche Hundertschaften, Wasserwerfer, Räumungsbagger wurden aufgeföhren, und die Straßen weiträumig abgeriegelt. Die 27 Besetzer der drei geräumten Häuser wurden widerstandslos festgenommen. Der berüchtigte § 129 (Bil-

dung einer kriminellen Vereinigung) wird zur Ermittlung herangezogen. Auf der Pressekonferenz werden den Journalisten die „Waffen“ präsentiert: Katapulte, Stuhlbeine (Wer hat keine Stuhlbeine in seiner Wohnung?) etc. Auf der Protestdemonstration am gleichen Abend läuft ein Polizist gegen einen Baum (!), seine Kollegen ahnen schlimmes und schlagen ersteinmal auf die friedlich demonstrierenden ein. Der Straßenkampf tobt: Menschen, die auf einen Bus warten, werden von Polizisten verprügelt, über 100 Demonstranten und Passanten werden zum Teil schwer verletzt. Das ist Dialog mit dem Polizeiknüppel! Wer da noch von der „weichen Linie“ spricht, soll mal darstellen, wie er sich dann die „harte Linie“ vorstellt.

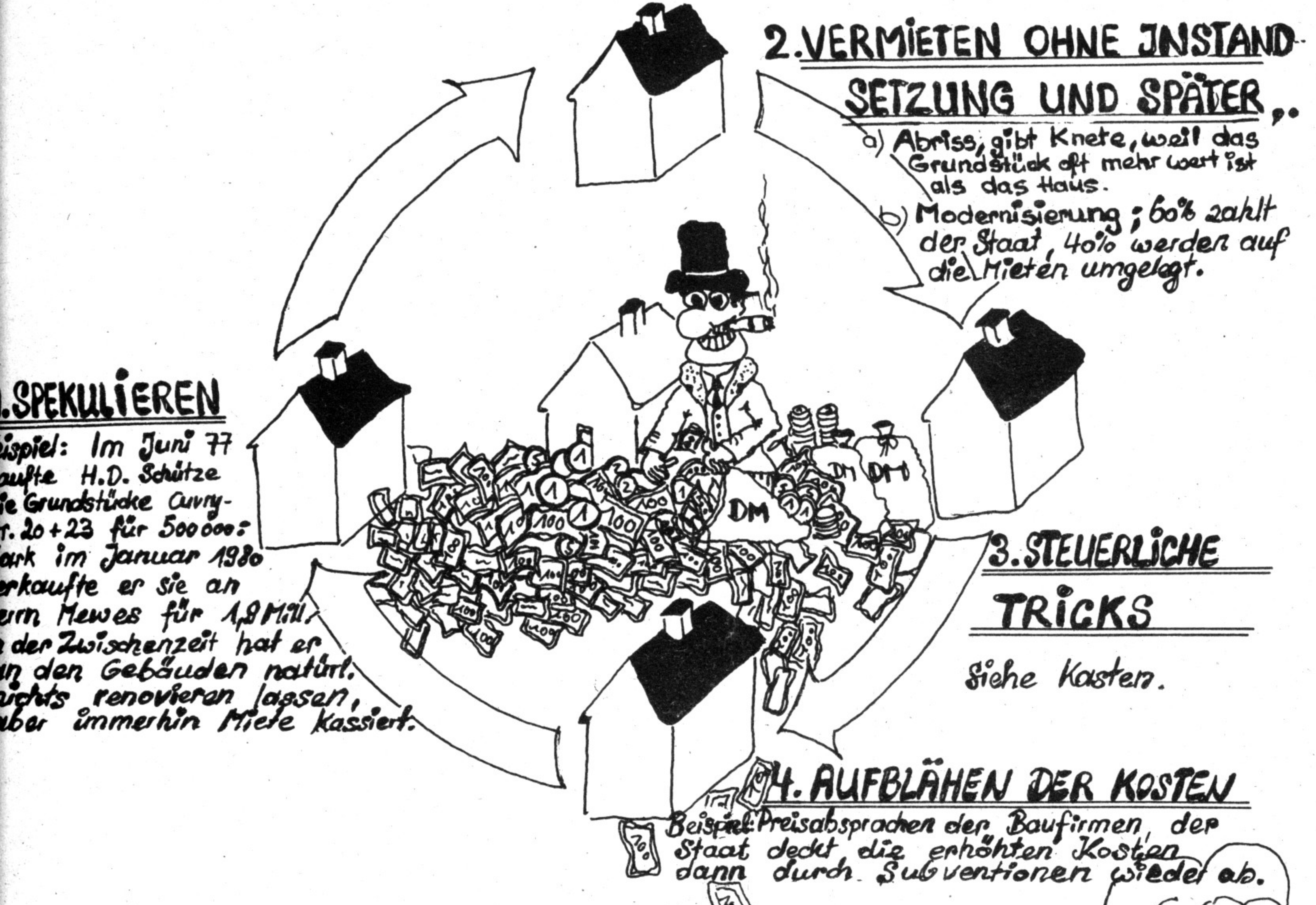
Ein weiteres Beispiel: Der Dialogstrategie, Ex-Senator und Vorsitzende der Berliner SPD, Glotz, meint: Falls die Besetzer nicht freiwillig gehen, wird durch die Polizei geräumt. Jeder Widerstand wird dadurch im Keim erstickt. Unter Dialog stellen wir uns etwas anderes vor, Herr Glotz!

Die faktische Räumung der Häuser am Fraenkelufer soll uns dann nicht „nur“ als Durchsuchung verkauft werden. Die Besetzer werden festgenommen, ihre Habe wird „zu ihrem eigenen Schutz sichergestellt“, das Haus dem ehemaligen Besitzer der GSW (senatseigene Wohnungsbau-gesellschaft) zurückgegeben. Dieser läßt gleich die Bauarbeiter kommen, die Fenster aushängen und das Haus damit unbewohnbar machen. Was ist das anderes als eine Räumung? Wie wie naiv hält der Senat uns eigentlich, diese Räumung als vereinbar mit seiner „weichen“ Linie (keine Räumung besetzter Häuser!) klarmachen zu wollen? ●



gewaltsame Räumung der Polizei am Frankelufer

# DAS HAUS ALS GELDSCHNEISER



## zu 3. ÜBER 100% PROFIT FÜR KAPITALANLEGER

Jahr	Einzahlung	Verlustzuweisung	Steuersparnis bei 56%	tatsächlich aufzubringende Einzahlungen
1980	24000	41000	22960	6040
1981	+ 5000*	47000	26320	1680
1982	28000	47000	26320	1680
1983	28000	22000	12320	680
1984	13000	12000	6720	280
	7000			
	105000		94640	10360 DM

\* Agio (d.h.: Provision für Grundlag)



# ODER DIE MIETER UND STEUERZAHLER?

## Und so läuft's in Gelsenkirchen



Um den Abriss des Hauses Auguststraße 5 zu verhindern, besetzten Rentner das Gebäude. Mit dabei: die 94jährige Wilhelmine Kilimann (3. v. l.)  
 »Das ging ruck, zuck, und schon waren wir drin«

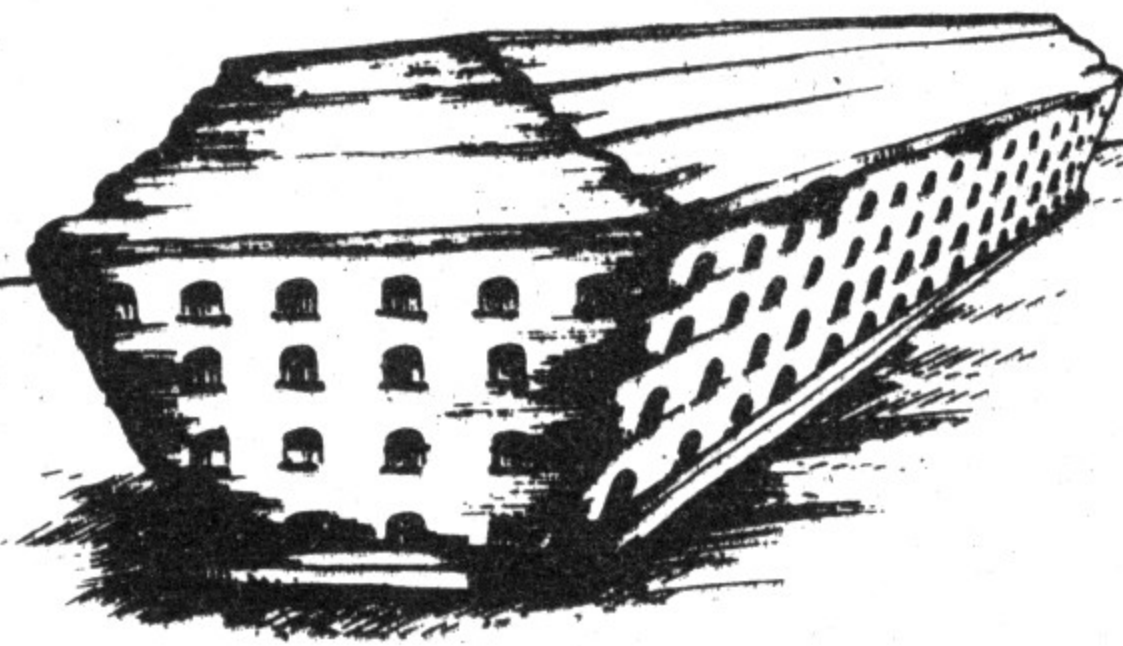
# HUNGERSTREIK

-Gefangene in Lebensgefahr-  
 Seit dem 2. Februar 81 befinden sich in der BRD und in West-Berlin Gefangene im unbefristeten Hungerstreik. Hungerstreik ist für sie das letzte Mittel, für bessere Haftbedingungen zu kämpfen. Teilweise seit Jahren leben sie in schall- und lichtisolierten, Tag und Nacht hell beleuchteten Zellen, die keinen Kontakt zur Außenwelt zulassen. Hierzu kommt eine ständige Überwachung durch Videokameras, Trennscheiben und Anwesenheit eines Vollzugsbeamten bei Besuchen (1 Std. pro Monat) und Gesprächen mit dem Anwalt. Das ist Folter und hat eine systematische Zerstörung der Persönlichkeit zur Folge. Der Hungerstreik ist für die Gefangenen das letzte Mittel, sich nicht wehrlos diesem Tod auf Raten auszusetzen, sondern aktiv dagegen anzukämpfen.

- SIE FORDERN:**
- BEHANDLUNG ALS KRIEGSGEFANGENE NACH DER GENÈVE KONVENTION d.h. keine visuelle und akustische Überwachung
  - Überprüfung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission
  - ZUSAMMENLEGUNG ZU GRUPPEN ZU MINDESTENS 15 LEUTEN
  - SOFORTIGE FREILASSUNG VON

GÜNTHER SONNENBERG (WEGEN KOPFVERSETZUNG SEIT DER FESTNAHME HAFTUNGFÄHIG) UND VERLEGUNG VON VERENA BECKER (OFFENE TBC) IN EIN ÖFFENTLICHES KRANKENHAUS

Die Anstaltsärzte haben sich geweigert, eine von oberster Stelle angewiesene Zwangsernährung durchzuführen und damit den Hungerstreik der Gefangenen gegen ihren Willen abubrechen, um ihnen nicht ihre letzte Widerstandsmöglichkeit zu nehmen. Außerdem sind 93 Ärzte in der BRD und in West-Berlin in unbefristeten Streik getreten, weil sie die Forderungen der Gefangenen für berechtigt und deren Erfüllung für unbedingt notwendig halten. Justizsenator Meyer dagegen anscheinend nicht!



Kurz vor Beginn des Ärztestreiks erklärte er noch mit aller Dienstlichkeit, daß er nicht bereit sei, auf die Forderungen einzugehen. Stattdessen forderte er die Gefangenen auf, den Hungerstreik sofort abubrechen. Damit nimmt er bewußt den Tod der Gefangenen in Kauf. Wir dagegen nicht. Wir wollen nicht nur wohnen, sondern wehren uns gegen die organisierte Unmenschlichkeit, die wir tagtäglich in allen Lebensbereichen (Schule, Uni, Beruf u.s.w.) antreffen. Ein Bereich, in dem diese Bedrohung am offensichtlichsten ist,



ist der Knast. Spätestens bei den Terrorurteilen (das letzte 2 1/2 Jahre für Alfred P.), die im Zusammenhang mit dem im Häuserkampf Festgenommenen ausgesprochen wurden, mußten wir uns mit den Knastbedingungen auseinandersetzen. Wir stellen fest, daß für uns der Knast zu einer täglichen Bedrohung geworden ist. Durch hohe Urteile und die Anwendung des §129 bei Ermittlungen gegen Hausbesetzer und deren Unterstützer wird versucht, uns zu spalten und unseren Widerstand zu brechen. Die menschenverachtendste Form des Knasts ist der Hochsicherheitstrakt. Wir unterstützen die Forderungen der Hungerstreikenden nach Haft erleichterung und fordern deren sofortige Erfüllung.